

STATEMENT

Die ambulante Versorgung in Deutschland – Hochgeschätzt und doch in Gefahr

PRESSEKONFERENZ ZUM START DER KAMPAGNE „WIR SIND FÜR SIE NAH.“

22. April 2024, Berlin

Dr. Andreas Gassen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gesundheitsversorgung in Deutschland droht, selbst ein Fall für den Arzt zu werden. Sie leidet an Unterfinanzierung, politischer Überregulierung, zu viel Bürokratie, akutem Personalmangel, fehlendem Nachwuchs sowie einer immer noch in großen Teilen dysfunktionalen Digitalisierung.

Diese Diagnose ist nicht neu, wir als KBV haben sie in den vergangenen Monaten immer wieder vorgetragen, sei es in persönlichen Gesprächen mit Minister Lauterbach oder Abgeordneten, im Petitionsausschuss des Bundestages, auf diversen Veranstaltungen und zuletzt sogar gemeinsam mit den Vertretern der Zahnärzte, Apotheken und Krankenhäuser.

Alle, die mit Patienten arbeiten, müssen sich mittlerweile jeden Tag zur Decke strecken, um die Menschen überhaupt noch angemessen zu versorgen.

Mittlerweile merken das auch die Bürgerinnen und Bürger: Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat im Zeitraum 20. März bis 3. April 2024 über 5.000 gesetzlich Versicherte online befragt. Über 62 Prozent, also fast zwei Drittel, stimmten der Aussage zu, dass die Praxen sich aktuell in einer Notlage befinden.

Die wichtigsten Gründe hierfür sind nach Meinung der Befragten die bürokratische Belastung der Praxen (57,4 %), der Personalmangel (48,0 %) sowie die hohe allgemeine Arbeitsbelastung (38,5 %).

Dabei hat die ambulante Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger eine hohe Bedeutung: Fast 90 Prozent bewerten dieses Thema als wichtig oder sehr wichtig.

Allerdings macht die Hälfte der Befragten sich Sorgen darüber, dass von ihnen genutzte Arztpraxen in naher Zukunft schließen könnten. Im Osten sind es sogar 56,7 Prozent, im Westen 48,3 Prozent.

Dabei ist es für die allermeisten Menschen, nämlich 86,3 Prozent der Befragten, sehr wichtig, eine Praxis in Wohnortnähe zu haben. Diese Nähe ist eines der wichtigsten Kriterien bei der Wahl eines Arztes oder einer Ärztin.

Dies spielt sogar in Bezug auf politische Wahlen eine Rolle: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, das Thema ärztliche Versorgung durch Praxen in Wohnortnähe sei wichtig bei der Wahlentscheidung für eine Partei.

Leider scheint das den politisch Verantwortlichen, vor allem im Bundesgesundheitsministerium, nicht klar zu sein. Der Minister liefert mit seinen Gesetzesvorlagen ständig nur Pseudo-Lösungen – oder schafft gar neue Probleme, wie jetzt mit dem sogenannten Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG).

Zwar sind arztersetzen und zentralistische Strukturen – genau das, was die Menschen, wie eben gesehen, nicht wollen! – wie etwa Gesundheitskioske oder Primärversorgungszentren erst mal vom Tisch. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass sie später als Verhandlungsmasse im parlamentarischen Verfahren doch wieder reinkommen.

Die angebliche Stärkung der hausärztlichen Versorgung durch das GVSG ist dennoch ein gefährlicher Trugschluss.

Wenn Politik so weiter macht, steht das Modell der inhabergeführten Praxis bald vor dem Aus. Schon jetzt überlegen laut einer Umfrage des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) 61 Prozent der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, früher in den Ruhestand zu gehen. Betrachtet man die Ärzteschaft alleine, sind es sogar 70 Prozent. Der Nachwuchs scheut unter den aktuellen Bedingungen vor einer Praxisübernahme zurück. Die Sorge der Patientinnen und Patienten vor Praxisschließungen ist also berechtigt.

Der hohe Wert der Nähe – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn – der ambulanten Versorgung wird politisch ignoriert und negiert. Wenn es dabei bleibt, wird sich das nicht nur immer stärker auf die Versorgung vor Ort auswirken, sondern könnte sich auch bei den anstehenden Wahlen bemerkbar machen.